Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Zeitungen nehmen die Austräger, und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Pfennige, auswärtige Anzeigen 25 Pfennige, Reklamepetitzeile 60 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 30 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 160 — Freitag, den 12. Juli 1929 — 24. Jahrgang

Spaniens neue Verfassung

Eine staatsrechtliche Neuheit. — Die Cortes kommen wieder
Der Thronrat

Die alte spanische Verfassung vom Jahre 1876 wurde von Primo de Rivera nach dem Staatsstreich vom 13. September 1923 außer Kraft gesetzt. In den letzten Monaten wurde vielfach erörtert, ob es nicht das Beste wäre, sie wiederherzustellen oder doch den neuzeitlichen Verhältnissen anzupassen. Den Gegnern des spanischen Diktators wäre diese Lösung des Verfassungsproblems willkommen gewesen. Primo de Rivera dachte jedoch anders. Ein eigener Verfassungsausschuß der gesetzgebenden Nationalversammlung beschäftigte sich monatelang mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die jetzt endlich in ihren Grundzügen der Oeffentlichkeit unterbreitet wurde.

Primo de Rivera behauptete vor just sechs Jahren, daß seine Diktatur nur für ein Vierteljahr berechnet ist. Er hatte damals offenbar recht verschwommene Vorstellungen von den Aufgaben und Pflichten eines Diktators. Immerhin war ihm klar, daß das spanische Verfassungsproblem auf diktatorische Weise nicht zu lösen ist. Der jetzt vorliegende Verfassungsentwurf ist ein eigenartiges staatspolitisches Gebilde. Soll man es kurz charakterisieren, dann muß gesagt werden, daß sich Spanien auf dem Wege befindet, die absolute Souveränität des Königs wieder herzustellen. Der König herrscht und regiert, lautet das Grundprinzip der neuen Verfassung. Er übt seine Macht lediglich unter der Mitwirkung eines neuartigen politischen Organismus aus, des Parlaments, das wieder den alten Namen der Cortes erhält, und eines königlichen Thronrats, der eine ganz neuartige staatspolitische Einrichtung darstellt.

Der Verfassungsentwurf sieht für Spanien das Einkammersystem vor. Die Kammer der Cortes wird zur Hälfte vom Volke gewählt, wobei auf 100 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Dreißig Mitglieder der Kammer werden von der Krone auf Lebenszeit berufen. Die restlichen Mitglieder des insgesamt aus 140 Mitglieder bestehenden Parlaments werden von den Berufsständen gewählt. Die Zusammensetzung der Cortes erscheint für die politischen Verhältnisse Spaniens freiheitlich genug, wenigstens nach der Auffassung Primo de Riveras. Der Thronrat, der den König in der Ausübung seiner Regierung unterstützt, ist eine Körperschaft, die nicht nur den König zu beraten und in Verwaltungsangelegenheiten mitzusprechen hat, sondern auch in das Räderwerk der Gesetzgebungsmaschine einzugreifen vermag. Ihm gehören zunächst an die höchsten Würdenträger Spaniens, der Thronfolger, der Erzbischof von Toledo, die Oberkommandierenden des Heeres und der Marine und die Präsidenten des höchsten Gerichts und des Finanzhofes. Ferner gehören ihm an Mitglieder, die vom König auf Lebenszeit oder auf zehn Jahre ernannt werden. Der Rest wird gewählt.

Sieht man näher zu, dann ist dieser Thronrat ein Versuch der Nachbildung des Großen Rates des Faschismus. Mussolini stützt sich mit seiner Diktatur auf eine Partei, wobei er gleichzeitig eine große Idee vertritt. Primo de Rivera hat weder das eine noch das andere. Daher auch dieses Zwittergebilde des Thronrats. Der spanische König ernennt und entläßt seine Minister nach eigenem Ermessen. Die katholische Religion wird von dem Verfassungsentwurf zur Staatsreligion erhoben. Neuartig ist auch, daß das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen eingeführt wird. Besonders eingehend wird schließlich die Erbfolge der Krone geregelt. Die spanische Presse, die von Primo de Rivera die Erlaubnis erhielt, sich frei aber „gebührlich" über den Entwurf zu äußern, hält sich größtenteils vorsichtig zurück. Doch fehlt es nicht an scharfer Kritik. Das spanische Volk nimmt den neuen Entwurf jedoch kaum zur Kenntnis, sondern verharrt ihm gegenüber in hoffnungsloser Teilnahmslosigkeit. Die Spanier haben wenig politischen Sinn und noch weniger politischen Eifer. Politische Leidenschaften kennen sie kaum. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung verlangt lediglich, daß man ihre alten Sitten und Gebräuche nicht antastet. Die Stierkämpfe, das Lotteriespiel und die Zigaretten erscheinen ihnen wichtiger als alle Arten von Politik.

Der Vollständigkeit halber muß indessen bemerkt werden, daß die neue Verfassung den Spaniern die Freiheit der Persönlichkeit gewährleistet, die Unverletzlichkeit der Wohnung und des Eigentums, die Pressefreiheit und die Versammlungsfreiheit. Diese Verfassungsbestimmungen, ihrem Charakter nach durchaus liberal, sind schlechterdings den alten liberalen Verfassung vom Jahre 1876 entnommen, ohne daß der Versuch gemacht würde, diese Grundrechte der bürgerlichen Freiheit mit dem neuen absolutistischen Verfassungssystem in Einklang zu bringen. Alles in allem stellt die neue Verfassung eine Verneinung des demokratischen und parlamentarischen Regimes dar. Ob sie sich bewährt, kann lediglich die Erfahrung zeigen. Dabei ist zu bedenken, daß rund 50 Prozent der spanischen Bevölkerung weder lesen noch schreiben können und daß die Zahl der Gebildeten verhältnismäßig gering ist. Es ist, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, zu erwarten, daß der Verfassungsentwurf in dem bevorstehenden Herbst Gesetz wird. Starker politischer Widerstand ist nicht zu erwarten, zumal die alten politischen Parteien Spaniens nahezu vollständig von der Bildfläche verschwunden sind. Primo de Rivera fühlt sich als Herr der Lage. Er meint, daß jetzt die Diktatur noch anderthalb Jahre braucht, um die neue Verfassung in Kraft zu setzen. Aus den drei Monaten, die er ursprünglich zur Durchführung seiner Reformen für notwendig hielt, sind am 13. September dieses Jahres sechs Jahre geworden.

Ein neues Bombenattentat in Schleswig-Holstein

Der siebente Anschlag innerhalb weniger Wochen

Zum siebenten Male innerhalb weniger Wochen ist in Schleswig-Holstein ein Bombenattentat verübt worden, das offenbar auf politische Motive zurückzuführen ist. Wiederum hatten sich die leider entkommenen Attentäter das Privathaus eines Landrates als Objekt ihres Anschlages genommen. Gestern nacht um 1/4 4 Uhr erfolgte im Hause des Landrats Skalweit-Niebüll im Kreise Tondern eine Detonation, die weithin hörbar war. Die Küchenwände des Gebäudes wurden durch die Explosion weggerissen, und die übrigen Teile des Landratshauses wurden schwer mitgenommen. Durch die Explosion wurden in den benachbarten Häusern alle Fensterscheiben zerbrochen.

Eine vorläufige Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft Flensburg, die sofort alarmiert und im Auto nach Niebüll gebracht wurde, ergab, daß von den Tätern, von denen noch jede Spur fehlt, eine Bombe mit Zeitzündung gelegt worden war. Beobachtet worden ist zur Zeit der Explosion ein Auto, das in rasender Geschwindigkeit davonfuhr und zwar anscheinend nach Husum. Es ist wie ein Wunder zu betrachten, daß Personen durch das Attentat nicht verletzt worden sind. Durch diesen neuen Anschlag ist die Bevölkerung Schleswig-Holsteins in neue Unruhe versetzt worden, zumal es bisher noch nicht gelungen ist, die vorangegangenen Bombenattentäter festzunehmen und damit die Attentate aufzuklären.

Ueber die Urheberschaft des Attentats wird dem „Hamburger Fremdenblatt" aus Niebüll gemeldet: Landrat Skalweit erfreut sich allgemeiner Wertschätzung, und seine Familie steht in regem gesellschaftlichen Verkehr mit der Einwohnerschaft. Man neigt daher zu der Ansicht, daß der oder die Täter von auswärts zu diesem Anschlag gekommen sind.

8000 Mark Belohnung

Das preußische Ministerium des Innern hat aus Staatsmitteln eine Belohnung von 5000 RM für die Ermittlung der Bombenattentäter von Niebüll ausgesetzt. Außerdem hat der Kreis Süd-Tondern eine Belohnung von 3000 RM ausgesetzt.

Ein Deutscher in Polen verhaftet

Spionage-Furcht der polnischen Polizei

Auf einem Soldatenfriedhof in der Nähe der Stadt Kielce in Polen ist der 60jährige Oberbaurat Arendt aus Gelsenkirchen von polnischen Polizeibeamten verhaftet worden. Oberbaurat Arendt wollte die Gräber seiner in Polen gefallenen Söhne besuchen. In seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied des „Verbandes deutscher Kriegergräber-Fürsorge" hat er auch andere Gefallenen-Friedhöfe aufgesucht und dort photographische Aufnahmen gemacht. Es war ihm offenbar unbekannt, daß ein polizeiliches Verbot besteht, Soldaten-Friedhöfe zu photographieren.

Die polnischen Polizeiorgane haben sich jedoch nicht damit begnügt, die auf dieses Verbot stehende Polizeistrafe zu verhängen. Sie haben vielmehr den Sechzigjährigen in Haft genommen und eine Untersuchung wegen Spionage eingeleitet. Von amtlicher deutscher Seite sind in Warschau bereits Schritte unternommen worden, um die Enthaftung des Oberbaurats Arendt in die Wege zu leiten. Bisher haben diese deutschen Bemühungen noch keinen Erfolg gehabt. Die Verhaftung selbst ist gegen Ende voriger Woche erfolgt.

Nach den darüber vorliegenden gegenwärtigen näheren Mitteilungen stützen die polnischen Behörden ihre Spionage-Untersuchung darauf, daß bei Oberbaurat Arendt polnische Generalstabskarten gefunden worden seien. Von deutscher Seite ist dieser Vorwurf bereits entkräftet worden. Arendt hat, wie feststeht, diese Generalstabskarten in einem Buchladen, wo sie von jedem öffentlich erworben werden können, gekauft, um für seine Autofahrten zu den Friedhöfen und zur Auffindung dieser Wege die nötigen Unterlagen zu haben. Bei dem deutschen Schritt in Warschau ist dringend darum gebeten worden, eine Entscheidung über die Freilassung des Verhafteten schnellstens herbeizuführen. Dieses Ersuchen war umso notwendiger, als bis heute die vor einem Vierteljahr auf der Fahrt durch deutsche Siedlungen in Ostgalizien verhafteten drei deutschen Studenten noch immer in Untersuchungshaft sitzen. Auch hier-

Der Prozeß Orloff

Der Zeuge Siewert zusammengebrochen.

Die Verhandlungen im Dokumentenfälscherprozeß wurden am Mittwochfrüh wieder aufgenommen. Erster Staatsanwalt Köhler erklärte, daß am Mittwochvormittag ein Schreiben des Zeugen Siewert bei ihm eingegangen sei, in dem er mitteilt, daß er nicht vor Gericht erscheinen könne und wolle. Er habe ein Zeugnis eingeschickt, wonach er für die nächsten drei Wochen als nicht verhandlungsfähig erklärt wird. Siewert habe ihn am Dienstag aufgesucht und gesagt, daß er infolge der Aufregungen des Prozesses und der Angriffe gegen seine Person der Sachlage nicht mehr gewachsen sei und einen völligen Nervenzusammenbruch erlitten habe.

Auf die Feststellung des Vorsitzenden, daß die Zeugenvernehmung des Siewert nicht abgeschlossen sei, erklärte der Verteidiger Jaffé, daß, wenn sich Siewert der Aussage entziehe, alles das bestehen bleibe, was er hier als Stimmungsmache gegen die Angeklagten vorgebracht habe. Der Minister des Innern habe genehmigt, daß Regierungsrat Barthels über alle Fragen, die sich auf seine Tätigkeit im preußischen Staatskommissariat beziehen, aussagen darf. Es sei nicht angängig, daß Siewert Anschuldigungen in die Welt hinausposaune, ohne daß sie widerlegt werden können.

Erster Staatsanwalt Köhler gab darauf folgende aufsehenerregende Erklärung ab:

Gegen die Glaubwürdigkeit Siewerts wäre schon allerhand Belastungsmaterial vorgebracht worden und er glaube daher nicht, daß er einen Beweis gegen die Angeklagten auf Grund der Aussagen Siewerts führen könne. Es bleibe somit nur noch der Fall Knickerbocker übrig.

Rechtsanwalt Dr. Jaffé verlas dann einen Brief des Dr. Karl Kindermann aus Moskau, in dem es u. a. heißt: In den letzten Tagen wurde in der Angelegenheit des Herrn Orloff unser Studentenprozeß in Moskau mehrfach herangezogen. Dazu muß ich einen maßgebenden Punkt richtigstellen. Max v. Ditmer war, solange er in Berlin lebte, kein Agent der GPU. (Tscheka). Dagegen mußte er nach unserer Verhaftung, durch die Methoden der GPU. gezwungen, zu den Bolschewisten übertreten. Damals hielten es Trylesser und Jagoda nach einer Rücksprache mit Dserschinski für gut, eine ganze Reihe falscher Dokumente herzustellen, um den bevorstehenden Prozeß besser vorzubereiten, z. B. Geständnisse mit Erpressungen der Unterschrift, „Kautionen". Bei Ditmer fälschte man ziemlich kunterbunt die Angabe der Zeit und des erstmaligen Verhörs. Dr. Jaffé erklärte weiterhin, daß er sich vorbehalte, Dr. Kindermann als Zeugen dafür zu laden, daß es somit tatsächlich, wie der Angeklagte Orloff behaupte, von Trylesser in Rußland selbst gefälschte Dokumente gebe, die von den Bolschewisten zur Erreichung ihrer Zwecke verbreitet werden.

Nach längeren Auseinandersetzungen zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaft einigte man sich schließlich auf Grund der Erklärung des Staatsanwalts Köhler, daß er die Anklage im Falle Siewert fallen lassen werde, dahin, auf die Vernehmung der Kriminalkommissare Heller und Dr. Braschwitz sowie alle anderen Zeugen über einige Punkte kurz zu vernehmen. Es folgt sodann die Vernehmung des Regierungsrats Barthel.

Dieser hat die Aussagegenehmigung vom Auswärtigen Amt über seine Tätigkeit als Handelsattaché beim Deutschen Generalkonsulat in Petersburg im Jahre 1918 bekommen. Er hat dort Orloff kennengelernt, auf den das Konsulat als besonderen Kenner des unterirdischen Bolschewismus aufmerksam gemacht worden war. Orloff, der in den armseligsten Verhältnissen lebte und seinerzeit für die Bolschewisten arbeitete, hat dem Deutschen Generalkonsulat sehr wichtiges Material über die Tätigkeit der Bolschewisten in Berlin im November 1918 gebracht. Ebenso brachte er wertvolles Material über bolschewistische Wühlarbeiten an der Westfront. Als Orloffs Doppelrolle entdeckt wurde, flüchtete er ins Generalkonsulat und wurde mit großen Schwierigkeiten gerettet. Im Interesse des Deutschen Reiches wurde er dann weiter verwendet und konnte wesentliche Ratschläge geben und Hilfe bei Bekämpfung der Aufstände in Mitteldeutschland und an anderen Unruheherden leisten. Orloff arbeitete völlig selbstlos und unentgeltlich. In einem Falle, auf den der Zeuge aber hier nicht eingehen will, hat er dem Reiche sehr bedeutende Dienste geleistet. Er hält Orloff für einen Fanatiker seiner Ansichten.

Im allseitigen Einverständnis wurde darauf die Beweisaufnahme geschlossen.

SLUB
Wir führen Wissen.